

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN EUROPA IM VERGLEICH

Annette Angermann, Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin

Ein wichtiges Ziel des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011 ist der europaweite Austausch über bürgerschaftliches Engagement. Die Voraussetzung für einen solchen Austausch ist das Wissen über europäische Gemeinsamkeiten sowie über nationale Besonderheiten im Engagementbereich. In diesem Rahmen ließ die Europäische Kommission im Vorfeld des Europäischen Jahres 2011 die Situation der Freiwilligen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten ausführlich untersuchen.¹

Eine Erkenntnis ist, dass in den europäischen Staaten unterschiedliche Engagementstraditionen bestehen und damit einhergehend auch unterschiedlich entwickelte Freiwilligensektoren. Dies spiegelt sich in den Zahlen der freiwillig Engagierten wider. Während sich die BürgerInnen in den Niederlanden, Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich sehr stark engagieren², verzeichnen Staaten wie Dänemark, Finnland, Luxemburg und Deutschland ein starkes Engagement³, und Länder wie Estland, Frankreich und Lettland eine mittlere Beteiligung⁴. In Belgien, Irland, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Spanien sowie in der Tschechischen Republik und in der Slowakei ist der Prozentsatz der sich Engagierenden relativ niedrig⁵. Das „Schlusslicht“ bilden europäische Staaten wie Bulgarien, Griechenland, Italien und Litauen.⁶

Es wird deutlich, dass die unterschiedlichen Traditionen in den jeweiligen Staaten starke Auswirkungen auf die Anzahl der Engagierten haben. In den meisten Staaten Mittel- und Osteuropas lag das bürgerschaftliche Engagement in den Nachkriegsjahren des Zweiten Weltkrieges bis zu Beginn der 1990er Jahre „auf Eis“ bzw. wurde während dieser Zeit oft -verpflichtend- in Parteinähe vollzogen. Da sich viele Organisationen zu Beginn der 1990er Jahre wieder neu gründen mussten, befinden sich die Zivilgesellschaften mitunter gegenwärtig noch in Aufbauprozessen. In einigen Mitgliedstaaten, wie beispielsweise in Griechenland, dominiert eine andere Einstellung zu bürgerschaftlichem Engagement. Hier stützen sich Hilfeleistungen stärker auf den Familien-,

Freundes- und Bekanntenkreis, was die niedrigen Engagementzahlen erklärt.

Da bürgerschaftliche Aktivitäten zumeist auf lokaler Ebene stattfinden, sind sie besonders in Mitgliedstaaten mit föderalen Systemen oder starken bzw. autonomen Regionen, wie z. B. Belgien, Italien, Spanien und dem Vereinigten Kö-

Eine Erkenntnis ist, dass in den europäischen Staaten unterschiedliche Engagementstraditionen bestehen und damit einhergehend auch unterschiedlich entwickelte Freiwilligensektoren.

nigreich, von großer Bedeutung. Neben den Freiwilligenzahlen geben auch die Engagementpolitiken⁷ der einzelnen Staaten anhand ihrer Engagementförderprogramme und -strategien Aufschluss darüber, wie die Rahmenbedingungen für die Freiwilligentätigkeit in den einzelnen Ländern aussehen. Einige wenige Staaten verfügen über Engagementstrategien (in denen auch konkrete Ziele festgelegt sein können). Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten versuchen den Freiwilligensektor über verschiedene Engagementprogramme zu unterstützen. In Staaten ohne klare Engagementstrategie ist die Behandlung des Themas bürgerschaftliches Engagement häufig auf viele Politikbereiche verteilt, so sind konkrete politische Ziele oft nicht auszumachen und nur implizit zu finden.

Die europäisch vergleichenden, aber auch die nationalen Studien der Mitgliedstaaten sind aufgrund der unterschiedlichen Ansätze, d. h. Unterschiede in Messmethoden, Messgrößen und Zielgruppen⁸, nur bedingt empirisch vergleichbar und zeichnen daher kein exaktes Bild des tatsächlichen Engagementverhaltens. Sie vermitteln jedoch einen ersten Eindruck des bürgerschaftlichen Engagements in Europa im Vergleich.

Der Problematik der mangelnden Vergleichbarkeit hat sich auch die Johns Hopkins University angenommen. Dort wird derzeit ein „Manual on the Measurement of Volunteer Work“⁹ erarbeitet. Ziel dieses Handbuchs ist es, auf Grundlage gemeinsamer Definitionen und Arbeits- bzw.

Herangehensweisen eine bessere Vergleichbarkeit der Daten zur Freiwilligentätigkeit zu ermöglichen. So könnte das Potenzial der Freiwilligentätigkeit zukünftig besser eingeschätzt werden.

Trotz aller bestehenden Unterschiede zwischen den europäischen Mitgliedstaaten konnte die Studie „Volunteering in the European Union“ auch gemeinsame Herausforderungen aufzeigen und in der Folge Handlungsempfehlungen für Organisationen und politische Entscheidungsträger auf nationaler und europäischer Ebene ableiten. Einen guten Ansatz für einen grenzüberschreitenden Dialog im Engagementbereich könnte beispielsweise die Frage nach der Anerkennung der Arbeit Freiwilliger sein. Denn hier sind sich nahezu alle EU-Staaten einig: Die Leistung von bürgerschaftlich Engagierten muss angemessen gewürdigt werden.

Weitere Informationen finden Sie im Arbeitspapier 5 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa („bürgerschaftliches Engagement in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – Auswertung und Zusammenfassung aktueller Studien“, Annette Angermann/Birgit Sittermann) und unter: www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu

Trotz aller bestehenden Unterschiede zwischen den europäischen Mitgliedstaaten konnte die Studie „Volunteering in the European Union“ auch gemeinsame Herausforderungen aufzeigen und in der Folge Handlungsempfehlungen für Organisationen und politische Entscheidungsträger auf nationaler und europäischer Ebene ableiten.

¹ GHK 2010: Volunteering in the European Union. Final Report (17 February 2010). Im Internet unter: http://ec.europa.eu/citizenship/news/news1015_en.htm. (Abgerufen am 20.1.2011). Dieser Artikel bezieht sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse dieser Studie. Andere Quellen werden explizit aufgeführt.

² Über 40% der erwachsenen Bevölkerung engagieren sich bürgerschaftlich.

³ 30-39%, ⁴ 20-29%, ⁵ 10-19%, ⁶ unter 10%

⁷ Unter den EU-Mitgliedstaaten, die über eine explizite nationale Engagementpolitik verfügen, ist auch **Deutschland**. Das Bundeskabinett beschloss am 6. Oktober 2010 eine nationale Engagementstrategie, welche nun die Grundlage der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Weiterentwicklung der Engagementpolitik in Deutschland ist. Des Weiteren verfügen Estland, Frankreich und Belgien über Engagementstrategien bzw. -förderprogramme, wobei sich die Staaten bezüglich des Grads der Ausgestaltung der jeweiligen nationalen Strategie unterscheiden.

⁸ Hier zählt z. B. auch die Entscheidung dazu, inwieweit lediglich formelles oder aber auch informelles Engagement erfasst wird.

⁹ Pre-Publication Version: http://www.ilo.org/stat/Publications/lang--en/WCMS_153524/index.htm



Annette Angermann